

TauBlog

Écrasez l'infâme!

TV-Tipp: Monitor im Ersten

André Tautenhahn · Friday, June 12th, 2009

Auf die gestrige [Monitor Sendung](#) möchte ich sie unbedingt aufmerksam machen. Schauen sie sich die Berichte über die Mogelpackung der SPD zum Thema Reichensteuer an und den Beitrag über die dubiosen Geschäfte der Karstadt Manager mit dem Immobilienfonds des Josef Esch, der wiederum mit der Privatbank und Arcandor-Eigner Sal. Oppenheim aufs engste verbandelt ist. Stichwort Kölner Klüngel. Die Methode, Immobilien an einen Fonds zu verkaufen und von diesem gegen teures Geld zurückzumieten, ist das erfolgreiche Geschäftsmodell des Josef Esch. Damit erzielt er seit Jahren traumhafte Renditen für die wohlhabenden Einleger der Sal. Oppenheim Privatbank zu Lasten der Steuerzahler und jetzt auch zu Lasten der Beschäftigten bei Karstadt.

An dem Beispiel Esch kann man sehr schön studieren, wie in den letzten Jahren überall in Deutschland gewirtschaftet wurde. Denn nicht nur Karstadt hat ein solches sale & lease back Geschäft betrieben, sondern auch Hedgefonds und sogar die öffentliche Hand unter dem Stichwort öffentlich private Partnerschaften (ÖPP oder PPP). Das Prinzip ist dabei immer das gleiche. Eigentum wird verramscht und zu hohen Mieten vom ehem. Besitzer weiter genutzt. Schauen sie sich explizit die Verkäufe der Karstadt Töchter Hertie, SinnLeffers und Wehmeyer an, die von Middelhoff an Finanzhaie veräußert wurden. Auch dort wurden die Unternehmen mit hohen Mieten in die Insolvenz getrieben. Aufgekauft und ausgesaugt, könnte man diesen Vorgang zusammenfassen. Die Rendite der Hedgefonds war gesichert, da die Bundesregierung dieses Vorgehen immer noch ausdrücklich billigt und sogar steuerlich fördert. Die Beschäftigten führen hingegen ein nahezu ausichtslosen Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ich konnte mich am vergangenen Wochenende in der Cuxhavener Hertie-Filiale selbst davon überzeugen.

Der Steuerzahler ist natürlich auch noch da. Während man im Fall Arcandor aktuell die Bundesregierung und den Baron aus Bayern zu Guttenberg lobt, weil er sich mit seiner Insolvenz-ist-toll-Meinung durchgesetzt hat, gibt es auch andere Fälle, in denen die öffentliche Hand bereitwillig Steuergelder zur Verfügung stellt und alle Medien schweigen. Dabei geht es um jene Unternehmungen, an denen die öffentliche Hand selbst beteiligt ist.

Zum Beispiel die Deutsche Messe AG in Hannover. Sie hat im großen Stil Cross-Border-Leasing Geschäfte betrieben. 25 ihrer insgesamt 27 Messehallen wurden vor neun Jahren an US-Investoren verpachtet und für insgesamt 28 Jahre zurückgemietet, um angeblich Steuern zu sparen. Jährlich werden 60 Millionen Euro fällig, die aus dem laufenden Messegeschäft hätten bezahlt werden sollen. Eine kühne Rechnung, die natürlich nicht aufgehen konnte. Nun müssen die öffentlichen Haushalte einspringen, denn eine vorzeitige Kündigung des Vertrags kommt nicht in Betracht, da dann Vorfälligkeitszinsen an die Banken fällig würden. Die schlauen Anwälte haben da nämlich

alle Eventualitäten sorgsam berücksichtigt und die Kommunen reihenweise über den Tisch gezogen, nein, die Kommunen haben sich freiwillig über den Tisch ziehen lassen, weil so blöd kann man eigentlich nicht sein.

Der Finanzinvestor bekommt sein Geld und seine Rendite und die verantwortlichen Politiker vielleicht einen Posten bei der Heuschrecke. Gegenwärtig benötigt die Deutsche Messe AG eine Finanzspritz von **250 Millionen Euro**. Nur zum Vergleich, Arcandor wollte vom Staat 300 Millionen Euro haben. Im Fall der Deutschen Messe AG teilen sich nun das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover als Hauptanteilseigner die vom Vorstand der Messe AG geforderte Summe. Was sagte Christian Wulff doch gleich zum Fall Arcandor? Ein Persilschein sei auch für Arcandor nicht zu verantworten.

Zitate von Wulff:

„Wir können uns nicht erlauben, veraltete, nicht zukunftsfähige Strukturen zu retten“

„Kurzfristiger Zeitgewinn darf kein Kriterium sein“

„Das Muster „Die Gutmenschen retten Jobs, die Bösen geben sie auf“, ist zu simpel.“

„Wir brauchen totale Transparenz – auch zu den Mietvertrags-konditionen“

Quelle: [ad hoc news](#)

Die Stadt Hannover muss sich für diesen Kraftakt weiter verschulden, während man gleichzeitig ein radikales Sparprogramm auflegt, unter dem Beschäftigte im öffentlichen Dienst und öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten zu leiden haben werden. Die Kreditaufnahme von 125 Millionen Euro hat das Land Niedersachsen im Schnellverfahren genehmigt. Das Land selbst trägt die anderen 125 Millionen. Wussten sie das? Das steht in der Neuen Presse Hannover heute ziemlich weit hinten im Regionalteil auf Seite 19. Sie können den skandalösen Vorgang aber auch in der Zeitung [Neues Deutschland](#) nachlesen. Wo war da eigentlich der Baron aus Bayern? Oder die Schuldenbremser? Oder die Kanzlerin?

Na ja, die saß gestern bei Frau Illner im ZDF und hat einen Satz gesagt, der auch durch die Nachrichten ging. Auf die Frage warum Opel und nicht Arcandor antwortete die Kanzlerin, als ob es immer klar gewesen sei, dass im Fall Opel eine ausländische Regierung Druck gemacht habe. Deshalb hat man sich zu dieser Lösung entschieden. Unglaublich. Die Union hat wie von mir und anderen immer vermutet konsequent auf Verschleppung und die Pleite hingearbeitet, obwohl sie immer das Gegenteil behauptete. Auch in der Pleite von Arcandor verspricht die Kanzlerin größtmögliche Unterstützung der Bundesregierung für die Beschäftigten. Das ist schon ziemlich dreist und zynisch.

This entry was posted on Friday, June 12th, 2009 at 5:08 pm and is filed under [Medienkritik](#), [Nachrichten](#)

You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. Both comments and pings are currently closed.

